

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Deutschland 1.20 M. im voraus zahlbar. Für Postbestellungen sind sämtliche Postgebühren beizufügen. Unter Streifenbogen für Deutschland und Österreich 10.— M., für das übrige Ausland 12.50 M. postalisch Valutanzahlung, per Brief für Deutschland und Österreich 12.— M. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895 und 2896.

Die achtgrößten Parteipresse- oder deren Name, sowie jede Wort-Anzeige, als auch die Familien- und Organisationsanzeigen werden laut aufgestellten Preisens Tarif berechnet. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895-96, 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Forderungen an die Regierung.

Die Furcht vor dem weißen Schreden.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Hagen, 6. April.

Im Bezirk Hagen stehen die Arbeiter, die an den Kämpfen teilgenommen haben, bereit zum Abmarsch in das neutrale unbefetzte Gebiet. Die Reichswehr hat noch heute (6. April) einen Vorstoß in der Richtung nach Hagen gemacht, trotzdem von dort aus die Parole gegeben war, keinen Widerstand zu leisten. Die Furcht vor dem weißen Schreden überwiegt gegenüber der kühnen Ueberlegung. Es werden wohl Tausende abwandernder Arbeiter des Bezirks in Frage kommen. Traurig und entsetzlich zugleich, daß unsere Arbeiter vor den eigenen Landsleuten sich flüchten und lieber den Engländern sich ausliefern!

Die Flucht in das besetzte Gebiet.

Drahtmeldung unsers Sonderberichterstatters.

Hagen, 6. April.

In Elberfeld und Barmen sind von der Arbeiterschaft umfangreiche Schutzmaßnahmen gegen bewaffnete Vorstöße getroffen worden. Die englischen Besatzungstruppen erklären, daß sie Flüchtlinge aufnehmen werden. Infolgedessen haben bereits Hunderte von Flüchtlingen das besetzte Gebiet betreten. Auf dem Wege nach Solingen sah ich heute Hunderte von Flüchtlingen, die von den englischen Truppen entwaffnet worden waren. Trotz der in den Klammern von Bielefeld und Münster den Frontkämpfern zugesicherten Amnestie erfolgen überall nach dem Einmarsch der Reichswehr Verhaftungen. Die Standgerichte sind nicht aufgehoben. In Speckhorn bei Reddinghausen ist das Mitglied der U. S. V. Hälbbusch in Gegenwart seiner Frau erschossen worden; auch den Kommunisten Karluse hat das gleiche Schicksal ereilt. Von dem Standgericht Hald ist der Kreisvorsitzende der U. S. V. Herwig zum Tode verurteilt worden; da er flüchtig ist, ist sein Sohn als Geisel in Haft genommen worden.

Im bergischen Land und im Wuppertal.

Iserlohn, 6. April. (W. Z. B.)

In der Stadt und im Bezirk Iserlohn ist alles ruhig. Es wurden bisher gegen 200 Waffen abgegeben. Die Waffenabgabe vollzieht sich weiter in aller Ruhe. Auf die Nachricht, daß das Militär in Schwerte sei, wurde der Volksgauausschuß abgesetzt und ein Ordnungsausschuß aus den Koalitionsparteien und den Unabhängigen gebildet. Vorläufig versehen noch 30 Arbeiter den Sicherheitsdienst. Eine Wehr auf paritätischer Grundlage wird vorbereitet.

Elberfeld, 6. April. (W. Z. B.)

In El. ist alles ruhig. Die Stadt ist mit Lebensmittel für mehrere Wochen gedeckt. Der Aktionsausschuß, der aus Reichswehrlisten, Unabhängigen und Kommunisten besteht, erließ gestern eine Aufforderung gegen den Generalstreik.

Die Reichswehr in Essen.

Dochum, 6. April.

W. Z. B. meldet: In Dochum ist alles ruhig. Es wird gearbeitet. Die Truppen sind gestern über Voltrop nach Essen gekommen und in die Stadt eingezogen. In Essen herrscht jetzt auch Ruhe. Die Waffenabgabe ist überall in vollem Gange, und die Truppen werden auf Grund des Bielefelder Abkommens nach einem anderen Prinzip (!) umgestaltet. Die roten Truppen ziehen sich in der Richtung auf Barmen zurück, wo sie sich anscheinend sammeln.

Eine Erklärung der Regierung.

Von der Reichsregierung wird mitgeteilt:

Das 2-Uhr-Abendblatt vom 6. April glaubt berichten zu können, daß bei der Durchführung der Polizeireaktion im Industriegebiet mit dem besonders hartnäckigen Widerstand seitens der roten Verbände in der Gegend von Elberfeld, Barmen gerechnet werde und, daß Barmen in nächster Zeit besetzt werden soll.

Diese Nachricht ist frei erfunden. Es ist hinlänglich bekannt, daß von einem Einmarsch in das bergische Land abgesehen werden wird, und daß sowohl in Elberfeld, wie in Barmen Ruhe und Ordnung herrscht.

Wenn daselbe Blatt dann weiterhin glaubt, lange Angaben über die Verluste der Reichswehr machen zu können, so sei darauf verwiesen, daß die zuständige Stelle noch keineswegs in der Lage ist, genaue Angaben hierüber zu machen.

Die Lage in Plauen.

Plauen i. V., 6. April.

W. Z. B. meldet: In Plauen ist die Lage unruhig. Für heute nachmittags wird Hoeg zu einer Versammlung erwartet. Die bewaffnete Anhängerschaft des Hoeg beträgt etwa 600 Mann, die ebenso wie im Ruhrrevier in mehreren bzw. größeren Gruppen auftreten und hin und wieder auch Plauen heimsuchen. Die Reichswehr ist bis jetzt noch nicht eingedrückt.

Dresden, 6. April.

Offiziell wird mitgeteilt: Da Hoeg im Voglande weiter sein Unwesen treibt, ist die Regierung entschlossen, militärisch einzugreifen, wenn es den Organisationen bis heute abends nicht gelingt, Ruhe und Ordnung zu schaffen.

Die Umsturzpläne in Bayern.

München, 6. April.

Die Münchener „Post“ veröffentlicht heute mehr als fünf Spalten lange dokumentarische Enthüllungen über gegenrevolutionäre Vorbereitungen, die in den Monaten Januar und Februar in Bayern betrieben worden seien. Der Leiter der Verschwörung sei ein Herr Dr. Riese gewesen, der in München im Rheinischen Hof wohnte und in Rüdiger Verblutung mit leitenden Persönlichkeiten des Polizeipräsidiums und staatsanwaltschaftlichen Beamten stand. Dr. Riese war der Vertrauensmann des berühmtesten Hauptmanns Sapp gewesen, der mit Lütjens und Knapp die Fäden der Berliner Verschwörung in den Händen hatte. Auch Dr. Peim sei in die Sache stark verwickelt gewesen. Die „Münchener Post“ veröffentlicht nun die genaue Organisation der geplanten Verschwörung in Bayern.

Die russische Auslands-Delegation.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Stockholm, 6. April.

Kroffin und seine delegierten Genossen trafen gestern abend in Stockholm ein. Viele Personen, besonders Arbeiter waren bei seiner Ankunft auf dem Quai zugegen. Unter den Delegierten befinden sich unter anderem Kosowski, Mitglied des vorkrieglichen Ausschusses und der Sekretär Nijtsch. Die Delegation besteht aus 24 Personen, unter den sich fünf Frauen befinden. Durch Finnland wurde die Delegation sehr freundlich von dem englischen Hauptmann French begleitet, die Finnländer gaben militärisches Geleite.

Bevor die Verhandlungen eröffnet wurden, wünschte Genosse Kroffin Witwinow zu treffen, um ihn über die Lage Rußlands zu informieren. Rußland braucht vor allem Mehl, Schuhe, Maschinen, besonders Lokomotiven und Eisenbahnmateriale. Rußland hat viel Rohstoffe, Getreide, Leder, Glas, Fett, Mineralien, besonders Graphit. Voriges Jahr wurden in Rußland 2500 Eisenbahnbrücken repariert, 3000 Kilometer neue Eisenbahnstrecken gebaut. Rußland hat Geld vorkauf. Es wird jedoch nichts senden, bevor die Blockade aufgehoben ist.

Vorbereitung zu den Wahlen.

Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen um Anweisung an die Gemeindebehörden gebeten, alle Vorbereitungen für sofortige Aufstellung der Wählerlisten zu treffen, so daß die Wählerlisten Ende Mai fertig sind.

Eine Besprechung der Fraktionsführer.

Dienstag abend fand eine Besprechung der Fraktionsvorsitzenden mit der Reichsregierung statt. Reichskanzler Müller berichtete über die Lage und die dadurch geschaffene Lage. Im Anschluß daran wurde man sich darüber einig, einen früheren Zusammentritt der Nationalversammlung herbeizuführen.

Der Rettungsweg.

Nur jetzt im letzten Moment etwas Vermittelt, etwas Halbblütigkeit! Kaumiel ist bereits wieder veräußert worden. Die Regierung hat es unterlassen, die Konsequenzen aus dem Knapp-Datich zu ziehen und die militärische Reaktion endgültig zu erledigen. Sie hat nichts getan, um die konterrevolutionären Führer der Reichswehr sofort festzusetzen. Sie hat nichts getan, um gegenüber den unzuverlässigen militärischen Formationen eine wirksame reale Macht zu schaffen, indem sie Arbeiter, Angestellte und Beamte in die militärischen Verbände aufnahm. Sie hat dadurch das Vertrauen in der Arbeiterschaft gestürzt und das Vertrauen des Auslandes wieder geweckt, das die rasche Ueberwindung des Knapp-Abenteuers schon zu zerstreuen begonnen hatte. Sie hat dadurch die innere und äußere Situation Deutschlands aufs äußerste verschlimmert.

Es wäre das Verderblichste, wenn die Regierung auch jetzt noch in ihren Irrtümern verharrte. Man mag über das Vorgehen der französischen Regierung denken, wie man will, und wir sind die letzten, die sich über die militärischen Wege gründen der französischen Regierung eine Täuschung hingeben. Aber die Schuld der deutschen Regierung, der französischen den formalen Vorwand für die Weisung gegeben zu haben, bleibt bestehen. Und diese Schuld in der auswärtigen Politik ist zugleich ein schweres Vergehen an der Arbeiterschaft, die sich derselben Reichswehr ausgeliefert sieht, die jedoch sich als Werkzeug der Konterrevolution erwiesen hat.

Deshalb wäre es auch vergeblich, wenn die Regierung etwa meinte, durch eine nationalstaatliche Stimmungsmache gegen die französische Regierung, die Aufmerksamkeit von dem Problem ablenken zu können. Vielmehr ist der Rettungsweg, der sowohl aus den inneren als aus den äußeren Schwierigkeiten herausführt, klar vorgezeichnet. Die Regierung muß dem Vorgehen der Reichswehr ein Ende setzen. Die Nachrichten, die wir aus dem Ruhrrevier erhalten, zeigen deutlich, daß trotz aller Zusicherungen, die Reichswehr tatsächlich in der gefährlichsten Weise vorgeht und zahlreiche Uebergriffe erfolgen. Die Panik im Revier hat sich infolgedessen immer mehr gesteigert. Die Flucht vor der Reichswehr nimmt großen Umfang an. Männer und Frauen flüchten massenhaft nach den besetzten Gebieten, um den Schreden der einmarschierenden Truppen zu entgehen. Dabei scheint die Reichswehr auch vor den Gebieten, wo bis zur Stunde die Ruhe und Ordnung aufs strengste gewahrt geblieben war, nicht Halt zu machen. Entgegen allen Versicherungen der Regierung scheint von der Reichswehr auch die Verübung des völlig ruhigen bergisch-märkischen Gebietes beabsichtigt oder vielmehr schon im Gange zu sein.

Das alles steht im Widerspruch zu den Verpflichtungen und Zusagen der Regierung. Es ist eine Situation, die nicht nur die unmittelbar betroffene Arbeiterschaft aufs äußerste bedroht, die nicht nur die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands mit größter Erregung erfüllt, sondern die auch die Arbeiterorganisationen und Arbeiterparteien vor die erste und verantwortungsvolle Frage stellt, wie sie diesem Wiederaufleben und Wiederkommen der militärischen Herrschaft entgegenzutreten soll. In der Tat ist im Laufe des Dienstags eine Stellungnahme der Arbeiterorganisationen erfolgt. Wir erhalten darüber den folgenden Bericht:

Die am Generalstreik beteiligten Arbeiterorganisationen und die Vertreter der Parteistellungen der U. S. V. D. und der U. S. V. D. sind am 6. April neuerlich in eine Prüfung der politischen Lage eingetreten. Sie haben insbesondere die Berichte ihrer im Ruhrrevier entsandten Vertrauensmänner entgegengenommen und sind zu dem Ergebnis gelangt, von der Regierung mit größtem Nachdruck auf Grund der Verhandlungen, zu denen sich die Regierung bei Einstellung des Generalstreiks verpflichtet hatte, die Erfüllung folgender Maßnahmen zu verlangen:

1. Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone. Die Aufrechterhaltung der Ordnung obliegt den nach dem Bielefelder Abkommens zu bildenden Ortswehren.
2. Kein Einmarsch der Reichswehr südlich der Ruhr.
3. In dem von der Reichswehr außerhalb der neutralen Zone besetzten Gebiet sind die Ortswehren sofort zu bilden, wann auch der Rückzug der Reichswehr erfolgt.

Die Vorgänge in Württemberg, Altbayern usw. verlangen sofortige Abhilfe. Die versammlungstreu unteroffiziere und Mannschaften sind zu schützen; die abgesetzten unzuverlässigen Offiziere sind nicht wieder zu verwenden, sondern der Bestrafung zuzuführen. Das Kabinett wird vom Reichswehrminister sachliche und persönliche Garantien gegen die Weiterverwendung unzuverlässiger Führer fordern. Die Lieferung von Munition an konterrevolutionäre Formationen (Brigade Ehrhardt usw.) ist sofort einzustellen.

Auf die preussische Regierung wird eingewirkt, damit die Reorganisation der Sicherheitswehren durch Einstellung organisierter Arbeitnehmer schnellstens zur Durchführung gelangt.

Die Arbeitnehmergeorganisationen sehen in der schnellen Durchführung dieser Maßnahmen eine unbedingte Voraussetzung, um der starken Erregung in der Arbeitnehmerschaft entgegenwirken zu können. Die Organisationen unterstützen ihre Stellungnahme sofort der Reichsregierung und behalten sich weitere Schritte nach Entgegennahme der Regierungserklärung vor.

Berlin, 6. April 1920.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: C. Reigen.
- Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände: O. Urban.
- Deutscher Beamtenbund: W. Lange.
- Berliner Gewerkschaftskommission: D. Rusch.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands: G. Wolfenbutz.
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands: A. Crispian.

Es ist dringend notwendig, daß die Regierung die von den Arbeiterorganisationen erhobenen Forderungen erfüllt. Die deutsche Arbeiterklasse kann unmöglich zusehen, wie sie durch die Stürche der Regierung gegenüber dem sehr plausiblen und zielbewußt vorgehenden Militarismus um die Früchte ihres heroischen Kampfes gebracht wird. Nicht nur die Arbeiterparteien, sondern auch die Gewerkschaften sind nicht gewillt, die Einheitsfront des Protestartikels im Kampfe gegen die Reaktion gemißbilligen und zerbrechen zu lassen. Die Regierung muß einsehen, daß eine Politik gegen den Widerstand der ganzen Arbeiterklasse keinen Moment lang möglich ist, und sie wird auf diesen Widerstand stoßen, wenn sie der Reichswehr nicht Einhalt gebietet.

Niemand wünscht dringender als wir, daß im Ruhrrevier wieder normale Verhältnisse hergestellt und daß dem Ausland jeder Vorwand zur Einmischung in deutsche Angelegenheiten genommen wird. Aber dieses Ziel kann nur erreicht werden auf dem Wege, den die deutschen Arbeiterorganisationen erneut der Regierung zeigen!

Spiel mit dem Frieden.

Die deutsche Regierung veröffentlicht eine ausführliche Darstellung der Vorgeschichte des französischen Einmarsches in Frankfurt, Darmstadt usw. Wir geben die wichtigsten Punkte aus dieser Zusammenfassung wieder.

Am 28. März teilte die französische Regierung mit, daß sie die Genehmigung für einen Truppeneinmarsch in das Ruhrgebiet nur geben könne, wenn die bekannten fünf Städte von ihr besetzt werden dürften. Die deutsche Regierung lehnte diese Bedingungen ab und machte einen Gegenvorschlag, daß den Franzosen die Besetzung erlaubt werden solle, wenn die Truppen aus dem Ruhrgebiet innerhalb einer bestimmten Frist nicht zurückgezogen seien. Der Generalkonferenz des französischen Ministeriums des Auswärtigen antwortete hierauf telephonisch und bestätigte das Telefongespräch durch folgendes vom 29. März abends 8 Uhr datierte Schreiben:

Wenn die deutsche Regierung auf ihrer Forderung, Truppen in das Ruhrgebiet zu entsenden, besteht, so wäre Herr Millerand geneigt, dem zugestimmt unter der Bedingung, daß die froglischen Truppen innerhalb einer Frist von zwei oder drei Wochen (Die deutsche Regierung hatte, was sie verschweigt, eine Frist von sechs Wochen gefordert. Die Red.) aus der neutralen Zone zurückgezogen werden. Nach dem Ablauf dieser Frist werden die alliierten Truppen das Recht haben, unverzüglich Frankfurt, Hanau, Kassel und Wiesbaden zu besetzen, unter den in der Note vom 28. festgelegten Bedingungen.

Am 30. März ließ die französische Regierung bei ihrer Zustimmung und wies nur mit großem Nachdruck auf die Gefahr hin, daß gewisse Arbeitergruppen beim Einmarsch der Reichswehr zur Verstärkung der Schächte schreiten könnten.

Am 31. März machte die französische Regierung die Erlaubnis zu dem Einmarsch indessen vom Nachweis der absoluten Notwendigkeit abhängig und erklärte ihn ihrerseits für unnötig und gefährlich. Inzwischen aber seien so dringende Notfälle aus dem Ruhrrevier gekommen, daß man an eine weitere Verschiebung des Einmarsches nicht mehr denken könne. Deshalb habe die deutsche Regierung am 2. April in Paris eine Note überreichen lassen, in der sie die Gründe für das militärische Einschreiten auseinandersetze. Diese Note ist auch den Regierungen der anderen alliierten Länder zur Kenntnis gegeben worden.

In der Note werden noch einmal die Verhandlungen mit den französischen amtlichen Stellen wiedergegeben, und dabei wird ausdrücklich gesagt, daß sich die deutsche Regierung unter Zurücklegung der kühnen Bedenken, die einer weiteren Besetzung deutscher Landesteile entgegenstünden, bereit erklärt habe, einem Einmarsch allierter Truppen in die bezeichneten Orte für den Fall zuzustimmen, daß die über das bisher vereinbarte Maß im Ruhrgebiet befindlichen deutschen Truppen das 50-Kilometergebiet innerhalb einer bestimmten, von den alliierten Regierungen festzusetzenden Frist nicht verlassen hätten.

Nach den im höchsten Grade beunruhigenden Nachrichten, so heißt es in dem Schriftstück weiter, lasse sich leider nicht mehr davon zweifeln, daß die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung ohne vorübergehendes Eingreifen militärischer Kräfte unmöglich sei. Kommunisten und Mob hielten das gesamte öffentliche Leben unter mißlichem Terror, nämen wahllos Requisitionen und Plünderungen vor und bedrohten Leben und Sicherheit. Die mit den Vollzugs- und Zentralstellen getroffenen Abmachungen seien infolgedessen außer Acht gelassen, weil die Verantwortlichen auf ausländischer Seite nicht mehr die Macht hätten, sie durchzuführen. Die

deutsche Regierung hat daher geglaubt, die formelle Zustimmung der alliierten Regierungen zu dem Einmarsch deutscher Reichswehrruppen in die bezeichnete Zone nicht weiter aufhalten zu dürfen. . . Sie zweifelt nicht daran, daß die alliierten Regierungen unter diesen Umständen unter Berücksichtigung der deutschen Notlage ihre Zustimmung erteilen werden, um die sie hiermit bittet.

Am Abend des 2. April hat dann die französische Regierung in Verantwortung der deutschen Note ihre Forderung nach Besetzung der deutschen Städte und sofortiger Zurückziehung der im Ruhrgebiet einmarschierten Truppen erneuert. Am 3. April weist sie auf die Verletzung des Artikels 44 hin, dessen feierliche Fassung sie ausdrücklich in Erinnerung bringt. Am 4. April führt die deutsche Regierung, wie es in der amtlichen Darstellung heißt, den Nachweis, daß die in der neutralen Zone befindlichen Truppen in der Kopfzahl den laut Abkommen vom 6. August zugestandenem Umfang nicht übersteigen. Am 6. April vormittags erfolgt in Paris die Überreichung der französischen Note, in der mitgeteilt wird, daß der Oberbefehlshaber der Rheinarmee den Befehl erhalten habe, die fünf genannten Städte solange zu besetzen, bis die Truppen die neutrale Zone vollständig geräumt haben würden.

Diese amtliche Zusammenfassung der Geschehnisse bedarf zunächst in verschiedener Richtung noch der Ergänzung. Es ist in ihr nicht erwähnt, daß schon das Kabinett Bauer die Erlaubnis zur Sendung größerer Truppenmassen nach dem Ruhrrevier erbeten hat, und daß am 23. März ein deutscher Offizier in Paris erklärt, dessen Forderungen, was die Zahl der einzusetzenden Truppen betraf, weit über die im Augustabkommen erwähnte Differenz hinausgingen. Selbstverständlich mußte dieses Ansuchen bei der französischen Regierung höhere Befürwortungen erregen, und es konnte nicht dazu beitragen, ihre Zweifel an der Aufrichtigkeit der deutschen Versicherung, die Kopfstärke der zur Verwendung gelangten Formationen bleibe sogar noch um eine Kleinigkeit hinter der ausgehobenen Zahl zurück, zu erschüttern. Außerdem steht fest und wird auch von der deutschen Regierung nicht bestritten, daß bezüglich des Umfangs der einzelnen Truppengattungen die Abmachung nicht eingehalten ist. Insbesondere ist die Artillerie etwa um das Zehnfache stärker, und es sind Kampfmittel, wie Tanks, Panzerautos usw. eingesetzt, von denen im Augustprotokoll überhaupt nicht die Rede ist.

Die formale Berechtigung der Franzosen zur Ergreifung von Repressalien läßt sich also nicht bestreiten. Ebensovienig läßt sich das französische Unternehmen als eine Ueberraschung hinstellen. Nach der letzten Veröffentlichung können wir zwar dem Reichstagsler Müller für seine Mitteilungen vom 30. März, nach der Frankreich bereit sei, auf seine Bedingungen zu verzichten, den guten Glauben nicht absprechen. Das in der amtlichen Darstellung erwähnte Telephonat des Generalkonferenz des französischen Ministeriums des Auswärtigen ließ eine solche Deutung zu. Aber das Schreiben, das Millerand am 31. März an den deutschen Gesandten richtete, beseitigte jede Illusion. In ihm ist ersicht, daß die französische Regierung nach den Mitteilungen, die sie erhalten habe, eine militärische Intervention im Ruhrrevier für unumgänglich und gefährlich erachte, und daß ihr daher die Umstände nicht erlaubten, den deutschen Wünschen zu entsprechen. Es wäre Pflicht des Reichskanzlers gewesen, auch von diesem Bescheid, der seiner in der Nationalversammlung am 30. März abgegebenen Versicherung widersprach, der Öffentlichkeit ungesäumt in aller Form Kenntnis zu geben. Das ist unterblieben, und man hat die Bevölkerung in dem Glauben an die Einwilligung Frankreichs belassen, weil man eine dem Ruhrunternehmen günstige Stimmung schaffen wollte.

Die deutsche Regierung hat ein in jeder Beziehung gefährliches und bedenkliches Spiel gespielt, und sie hat wahrhaftig keinen Grund zu der moralischen Entrüstung, mit der sie in dem Aufruf an die Bevölkerung der Rheinregion das Vorgehen Frankreichs kritisiert. Was hundertmal ausgegeben werden, daß die Besetzung Frankfurts und der anderen Orte einem Zwecke der französischen Generale entricht, und daß Millerands Politik nicht zuletzt von den Rücksichten auf den französischen Nationalismus diktiert ist, so kann das Kabinett Müller doch nicht dem klaren Vorwurf entgehen, daß es den Gewaltpolitikern in Paris ihre Arbeit außerordentlich erleichtert hat. Es hat ihnen instematisch in die Hände gearbeitet, und wenn jetzt trotz aller Versicherungen die Truppen auch in die vollständig ruhigen Bezirke des westlichen Industriegebietes einzürden, so wird sich die deutsche Regierung nicht wundern dürfen, daß Frankreich nach wie vor von der unerlöschlichen Herrschgewalt des deutschen Militarismus überzeugt ist.

Au allem Ueberflus wird aus Paris gemeldet, daß in der Sitzung des militärischen Beirats unter Hochs Vorsitz ein Antrag Deutschlands, seine Truppenmacht zur Sicherung des inneren Friedens auf 400000 Mann zu erhöhen, abgelehnt worden sei. Ganz aliskäufig, ob die neue oder die alte Regierung diesen Antrag gestellt hat, er ist unerhört, und seine Wirkung auf die Stimmung der Franzosen kann nicht zweifelhaft sein.

So etwas hatte gerade noch gefehlt. Und da spricht man hier von Vergewaltigung und deklamiert von einem Ueberfall inmitten im Frieden!

Nicht es der deutschen Regierung wirklich ernst mit der Absicht, die Leidenszeit des Maingaues abzukürzen, so hat sie die Pflicht, die Reichswehr ungesäumt aus der neutralen Zone zurückzurufen, und das um so mehr, als gemäß dem Augustabkommen vom 10. April überhaupt keine Truppen mehr in diesem Gebiet gehalten werden dürfen. Versteht sie sich zu diesem Schritt nicht, so ist von ihr, was sie in ihrem Aufruf den Franzosen nachsagt: sie spielt in unerhört Weise mit dem Weltfrieden.

Ein deutsche Note an Frankreich.

Die deutsche Regierung hat an die französische eine Note gerichtet, in der sie gegen die Besetzung der Städte protestiert, diese Maßnahmen für gänzlich unbegründet erklärt und betont, daß es für jede Regierung in Deutschland unmöglich sei, im Handschuhe und Ordnung wiederzuerstehen, wenn sie gut

Schritt und Tritt bei ihren schmerzlichen Sorgen ungerührt und Argwohn begegne und immer erneuten Drangsalen ausgesetzt werde.

Der Aufruf der Regierung.

Berlin, 6. April.

Am die Bevölkerung der von den Franzosen besetzten Städte um die Leiden von Hunderttausenden abzukürzen. Sie im Ruhrgebiet der erpresserischen Räuberei von Erpresserbanden ausgeliefert waren, hat die Reichsregierung dort hin Truppen entsandt. Die Genehmigung der Entente war nicht erteilt worden, obwohl die deutsche Regierung die bitterste Notwendigkeit mehrfach eindringlich dargelegt hatte. Im ganzen sind dort noch nicht 14000 Mann zusammengezogen, also fast genau die Zahl, welche uns das Abkommen mit der Entente erlaubt. Trotzdem hat Frankreich in der Entsendung dieser Truppen einen Bruch des Friedensvertrages gesehen und eine Gefährdung des Weltfriedens. Diese Behauptung richtet sich angesichts der lächerlich kleinen Truppenmenge von selbst. Frankreich aber hat es mit dem Friedenszustand für vereinbar gehalten, blühende Städte als Repressalie zu besetzen. Was dem erhört ist mit dem Weltfrieden nie gespiegelt worden, als es Frankreich tut. Die Reichsregierung weiß dem, daß die Landleute der schwer betroffenen Städte und Landwirte für die Notwendigkeit verstehen und bestätigen, daß im Ruhrrevier, gebiet Ordnung geschaffen werde, damit das deutsche Wirtschaftsleben nicht aus Mangel zugrunde gehe. Das ein hundertfaches bezogener Gegner sie zum Cyber seiner Choleraepidemie machte, fällt, fällt, fällt auf ihn allein. Die Reichsregierung wird alles tun, um in einer Leidenszeit des Maingaues abzukürzen, aber sie weiß, daß hierfür mit der schwer geprüften, überlassenen Bevölkerung eines Sinnhaftes ist. Wir werden Deutschland auch auf diesem litig angedeutetem Wege nicht zerschimmern lassen. Wir werden den jüdischen Anstiften und der brutalen Vergewaltigung den einigsten Willen entgegenstellen: Ein Volk zu sein und zu bleiben.

Berlin, 6. April 1920.

Die Reichsregierung:
Müller, Reichskanzler.

Eine französische Proklamation an die Bevölkerung der neubesetzten Zone.

Am die Bevölkerung!

Die Berliner Regierung hat unter dem Druck der Militärpartei eine plötzliche Offensive der Reichswehr gegen die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes angedeutet. Dabei hat sie eine der wesentlichsten und feierlichsten Bestimmungen des Friedensvertrages verletzt. Im Verlauf dieser bisher geführten Verhandlungen war die französische Regierung stets bemüht, die deutsche Regierung von diesem militärischen Vorgehen, das mit einiger Vorsicht hätte vermieden werden können, abzuhalten. Nichtsdestoweniger sind die Reichswehrruppen in das Ruhrgebiet eingerückt. Die Regierung der französischen Republik sieht sich daher gezwungen, sich ein Votum zu sichern, damit die Berliner Regierung ihrer Unterstellung nachkommt. Deshalb habe ich den Befehl erhalten, die Städte Frankfurt, Hanau, Darmstadt und Wiesbaden sofort zu besetzen. In diesem Augenblick halte ich es für notwendig, die Bevölkerung zu erklären, daß diese Besetzung keine feindselige Handlung gegen die arbeitssame Bevölkerung dieses Gebietes bedeutet. Sie lediglich den Zweck, die Ausführung des Vertrages zu sichern wird aufzuführen, sobald die Reichswehrruppen die neutrale Zone vollständig geräumt haben. Der oberkommandierende General der alliierten Besatzungstruppen: Groß Degoutte.

Die Haltung der Alliierten.

Berlin, 6. April.

Das Ausland glaubt zu wissen, daß die belgische Regierung beschlossen habe, ihre Haltung angesichts des deutschen Vormarsches in die neutrale Zone der Haltung ihrer Verbündeten anzupassen.

Moskau, 6. April.

Corriere della Sera schreibt zu den Diskussionen über die Ereignisse in Deutschland, die im italienischen Ministerialrat stattfanden, daß Italien Frankreich seine diplomatische Unterstützung gewähren werde, wenn Frankreich reichsbesetze, militärisch vorgehen. Eine Vereisigung italienischer Truppen an der Besetzung deutscher Städte werde als überflüssig betrachtet.

T. U. Paris, 6. April.

Nach dem „Welt Posten“ hat in einem an den Kongreß gerichteten Brief der Präsident der Vereinigten Staaten die Anwendung amerikanischer Kräfte bei einer etwaigen Unternehmung gegen Deutschland festgelegt. Er erklärt, daß diese Kräfte nach dem Wortlaut des Waffenstillstandes den Befehlen des Präsidenten allein unterstellt bleiben. In demselben Briefe wird die Unterstellung amerikanischer Kräfte unter dem Oberbefehl der alliierten Rheinlandkommission widerlegt.

Paris, 6. April.

Von seinem Berichterstatter in London läßt sich die Pariser vom 4. April melden: Man erklärt auf dem Auswärtigen Amt, daß die französische Regierung, bevor sie den Befehl zum Einmarsch gibt, die Zustimmung Londons, Rom, und Washingtons erbeten habe, und daß das britische Kabinett sich augenblicklich darauf befände, die Situation genau zu übersehen. Ich glaube indes zu wissen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die englische Regierung es ablehnen wird, mit uns die vier in Frage kommenden Städte zu besetzen, doch sie aber sich Bedenken ablegt über den Ernst der Lage und mit einem freundhaftlichen und gütlichen Auge bis von Frankreich beschlossene Aktion verfolgen würde. Man ist hier überzeugt, daß Italien ebenso wie die Vereinigten Staaten dieselbe Haltung einnehmen werden.

Kabinettsbeteiligung der belgischen Sozialisten.

Berlin, 6. April.

Der Sozialistenkongreß nahm mit 1214 gegen 390 Stimmen den Antrag auf Teilnahme am Kabinett an, jedoch mit dem Vorbehalt, daß diese Frage am Ende der parlamentarischen Sitzungsperiode erneut gestellt werden soll, wenn das Programm gegen die neue Lebenshaltung nicht durchgeführt wird. Der Kongreß beschloß alsdann die Teilnahme der Sozialisten an dem internationalen Konreß in Gen

